

No. 47581

**Germany
and
Poland**

Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland concerning the construction and maintenance of border bridges, as part of Federal railway lines in the Federal Republic of Germany, and as part of railway lines of national importance in the Republic of Poland (with appendices). Frankfurt, 26 February 2008

Entry into force: *1 May 2009 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 23*

Authentic texts: *German and Polish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 10 June 2010*

**Allemagne
et
Pologne**

Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne relatif à la construction et à l'entretien des ponts frontaliers en République fédérale d'Allemagne empruntés par des lignes ferroviaires fédérales et en République de Pologne empruntés par des lignes ferroviaires revêtant une importance nationale (avec appendices). Frankfort, 26 février 2008

Entrée en vigueur : *1^{er} mai 2009 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 23*

Textes authentiques : *allemand et polonais*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 10 juin 2010*

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

Vertrag

zwischen

der Bundesrepublik Deutschland

und

der Republik Polen

über

den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken

in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von Schienenwegen des Bundes,

in der Republik Polen im Zuge von Eisenbahnstrecken mit staatlicher Bedeutung

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Polen
im Weiteren „Vertragsparteien“ genannt -

in Übereinstimmung mit dem Vertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,

in dem Bestreben, den Eisenbahnverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete zu erleichtern,

mit dem Ziel, die Grundsätze über den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von Schienenwegen des Bundes, in der Republik Polen im Zuge von Eisenbahnstrecken mit staatlicher Bedeutung zu regeln -

sind wie folgt übereingekommen:

Abschnitt 1

Gegenstand des Vertrags

Artikel 1

Umfang des Vertrags

(1) Dieser Vertrag regelt die Grundsätze über den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von Schienenwegen des Bundes, in der Republik Polen im Zuge von Eisenbahnstrecken mit staatlicher Bedeutung.

(2) Integraler Bestandteil dieses Vertrags sind die Anlagen A und B. Die Anlage A regelt, welcher Vertragspartei der Bau von Grenzbrücken obliegt und die Anlage B regelt, welcher Vertragspartei die Instandhaltung der bestehenden Grenzbrücken obliegt.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

In diesem Vertrag haben die nachstehenden Begriffe folgende Bedeutung:

1. Der „Bau von Grenzbrücken“ umfasst Planung, Baudurchführung und Finanzierung zur Erneuerung der bestehenden Grenzbrücken und der zugehörigen Anlagen sowie zur Errichtung von neuen Grenzbrücken und der zugehörigen Anlagen.
2. Die „Instandhaltung von Grenzbrücken“ umfasst die Durchführung und Finanzierung aller Arbeiten zur Wartung, Inspektion und Instandsetzung der Grenzbrücken und der zugehörigen Anlagen. Dazu gehören alle Maßnahmen, die die ordnungsgemäße Nutzung der Grenzbrücken und deren entsprechenden technischen Stand unter Wahrung des sicheren Zustandes gewährleisten, ohne die wesentlichen Abmessungen und die statischen Verhältnisse zu verändern.

3. „Den Grenzbrücken zugehörige Anlagen“ sind der Oberbau, die Oberleitungsanlagen, Leit- und Sicherungseinrichtungen des Eisenbahnbetriebes, Telekommunikationsanlagen, Böschungen an den Rampen, Uferbefestigungen, Zufahrten, Entwässerungs- und Beleuchtungseinrichtungen, Schifffahrtszeichen sowie Leitwerke gegen Eisgang und Kollision mit Binnenschiffen im Bereich der Grenzbrücken.
4. Grenzbrücken sind in einem „sicheren Zustand“, wenn
 - a) keine Gefahr für die Standsicherheit beziehungsweise die Tragfähigkeit des Bauwerkes oder eines wesentlichen tragenden Bauteils der Brücke besteht,
 - b) keine Gefahr für die Abwicklung des Eisenbahnbetriebs von der Brücke ausgeht und
 - c) keine Gefahr für den Verkehr von Dritten oder die Mitarbeiter der Eisenbahninfrastrukturunternehmen von der Brücke ausgeht.
5. „Zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen“ sind Unternehmen, die in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht der jeweiligen Vertragspartei mit dem Bau und der Instandhaltung der Grenzbrücken betraut sind und die Eisenbahninfrastruktur betreiben.

Abschnitt 2
Bau von Grenzbrücken
Artikel 3
Erneuerung und Neubau

Zum Zwecke der Verbesserung des grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehrs werden die Vertragsparteien im gegenseitigen Einvernehmen

- a) die in der Anlage A genannten Grenzbrücken im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und im Hoheitsgebiet der Republik Polen erneuern, wenn der technische Zustand der Brücken eine weitere Instandhaltung nicht mehr rechtfertigt,
- b) in begründeten Fällen vorhandene Grenzbrücken erweitern oder deren Tragfähigkeit erhöhen,
- c) in begründeten Fällen neue Grenzbrücken bauen.

Artikel 4
Anwendung technischer Normen und Bauvorschriften

(1) Eine Grenzbrücke wird nach den geltenden technischen Normen und Bauvorschriften der nach Anlage A zuständigen Vertragspartei geplant, gebaut und abgenommen.

(2) Beim Bau einer Grenzbrücke sind das Europäische Übereinkommen vom 31. Mai 1985 über die Hauptlinien des internationalen Eisenbahnverkehrs (Übereinkommen AGC) und das Europäische Übereinkommen vom 1. Februar 1991 über wichtige Linien des internationalen Kombinierten Verkehrs und damit zusammenhängende Einrichtungen (Übereinkommen AGTC) sowie die Richtlinie 96/48/EG des Rates vom 23. Juli 1996 über die Interoperabilität

des transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsbahnsystems und die Richtlinie 2001/16/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2001 über die Interoperabilität des konventionellen transeuropäischen Eisenbahnsystems zu berücksichtigen.

(3) Einzelne Bauteile der zugehörigen Anlagen der Grenzbrücken können nach den geltenden technischen Normen und Bauvorschriften der anderen Vertragspartei errichtet werden.

(4) Beim Bau einer Grenzbrücke ist die Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten und die Vereinbarung vom 11. April 2006 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Durchführung des Übereinkommens vom 25. Februar 1991 über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen zu berücksichtigen.

Artikel 5

Abnahme

(1) Die Abnahme der Grenzbrücken wird von den jeweils zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien in Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen und der bauausführenden Unternehmen vorgenommen.

(2) Die Abnahme von Grenzbrücken erfolgt nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, der der Bau der jeweiligen Grenzbrücke obliegt.

Artikel 6

Baukosten

(1) Die Kosten für den Bau einer Grenzbrücke trägt allein die nach Anlage A zuständige Vertragspartei.

(2) Die Bestandsunterlagen einer Grenzbrücke einschließlich des Anschlussbereiches der Brücke werden in dem zu deren Planung notwendigen Umfang dem zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der anderen Vertragspartei auf seinen Antrag kostenlos zur Verfügung gestellt, insbesondere die Unterlagen über geodätische Messungen und Bodenuntersuchungen.

Artikel 7

Abstimmung

(1) Die zuständigen Behörden und Eisenbahninfrastrukturunternehmen der beiden Vertragsparteien arbeiten zwecks Abstimmung der den Bau der Grenzbrücken betreffenden technischen, betrieblichen und rechtlichen Fragen eng zusammen.

(2) Die zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen beider Vertragsparteien sind verpflichtet, die nach Artikel 19 eingerichtete Gemeinsame Arbeitsgruppe über den Fortgang der Arbeiten zum Bau der Grenzbrücken zu unterrichten.

Abschnitt 3
Instandhaltung von Grenzbrücken
Artikel 8
Gegenstand der Instandhaltung

- (1) Die Instandhaltung bestehender Grenzbrücken einschließlich zugehöriger Anlagen im Sinne des Artikels 2 Nummer 2 und 3 obliegt der zuständigen Vertragspartei nach Anlage B.
- (2) Eine nach diesem Vertrag neu gebaute Grenzbrücke wird von der Vertragspartei instand gehalten, der der Bau dieser Grenzbrücke obliegt. Die neu gebaute Grenzbrücke ist in die Anlage B aufzunehmen.
- (3) Die zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der beiden Vertragsparteien können schriftliche Absprachen über eine andere Zuordnung der Instandhaltungspflicht der den Grenzbrücken zugehörigen Anlagen treffen.

Artikel 9
Durchführung der Instandhaltung

- (1) Die in Artikel 2 Nummer 2 genannten Arbeiten werden nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei durchgeführt, der die Instandhaltung der jeweiligen Grenzbrücke obliegt.
- (2) Die Instandhaltungsarbeiten auf den Grenzbrücken und an den zugehörigen Anlagen werden so ausgeführt, dass sie den Eisenbahnverkehr auf den Grenzbrücken und deren Zulaufstrecken und den Schiffsverkehr auf den Flüssen so wenig wie möglich behindern. Es werden entsprechende Bedingungen für den Hochwasserabfluss und den Eisabfluss unter den Grenzbrücken während der Instandhaltungsarbeiten gewährleistet.

Artikel 10
Austausch von Unterlagen

Das zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen der einen Vertragspartei übergibt kostenlos dem zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der anderen Vertragspartei auf seinen Antrag hin einmalig eine Ausfertigung der in seinem Besitz befindlichen Unterlagen über die Grenzbrücken und zugehörigen Anlagen.

Artikel 11
Informationen über geplante Arbeiten

(1) Die zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der beiden Vertragsparteien informieren sich gegenseitig über vorgesehene und planmäßige Instandhaltungsarbeiten an den Grenzbrücken und den zugehörigen Anlagen, spätestens sechs Monate vor Beginn der Arbeiten, sofern eine Einschränkung oder eine vorübergehende Einstellung des Eisenbahnverkehrs unvermeidbar ist.

(2) Sofern die in Absatz 1 genannten Arbeiten den Eisenbahnverkehr nicht einschränken, informieren sich die zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen gegenseitig spätestens zwei Wochen vor Beginn der Arbeiten.

Artikel 12
Kosten der Instandhaltung

Sämtliche Kosten im Zusammenhang mit der Instandhaltung von Grenzbrücken und den zugehörigen Anlagen trägt die nach Artikel 8 zuständige Vertragspartei.

Artikel 13

Durchführung von Prüfungen

(1) Die Vertreter der zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen führen an den von den Vertragsparteien instand zu haltenden Grenzbrücken Prüfungen nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Vertragspartei durch, der die Instandhaltung der Grenzbrücke obliegt.

(2) Im Abstand von höchstens sechs Jahren führen die Vertreter der zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der beiden Vertragsparteien an jeder Grenzbrücke und den zugehörigen Anlagen gemeinsame Begehungen mit ausführlichen Informationen über die Ergebnisse der letzten nach innerstaatlichem Recht durchgeführten Prüfungen durch. Das zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen der einen Vertragspartei übergibt die Ergebnisse seiner Prüfungen zwei Wochen vor den vereinbarten gemeinsamen Begehungen der Grenzbrücken dem zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der anderen Vertragspartei.

(3) Das zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen, das mit der Instandhaltung der Grenzbrücke betraut ist, veranlasst die gemeinsame Begehung, fertigt ein Protokoll in deutscher und polnischer Sprache an und übergibt dieses unverzüglich dem zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der anderen Vertragspartei.

(4) Aus besonderen Anlässen, wie unter anderem bei außergewöhnlichem Hochwasser, Eisgang, Schiffsstoß, müssen ebenfalls gemeinsame Begehungen durchgeführt werden. Zur Vorbereitung und zur Durchführung der Begehungen aus besonderen Anlässen ist das zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen verpflichtet, das mit der Instandhaltung der jeweiligen Grenzbrücke betraut ist.

Abschnitt 4
Allgemeine Bestimmungen
Artikel 14
Informationen

(1) Die jeweils zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der Vertragsparteien informieren rechtzeitig die Ständige Deutsch-Polnische Grenzkommission über den Bau der Grenzbrücke sowie über beabsichtigte größere Arbeiten zur Instandhaltung der Grenzbrücke.

(2) Die jeweils zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der Vertragsparteien informieren unverzüglich die jeweils örtlich zuständigen Grenzbehörden über die Vorbereitung und den Beginn des Baus und der Arbeiten zur Instandhaltung der Grenzbrücke.

Artikel 15
Betretungsrecht

(1) Personen dürfen zum Bau, zur Instandhaltung und für Prüfungen und Begehungen der Grenzbrücken die Staatsgrenze im Bereich der Baustellen oder der Grenzbrücken auch außerhalb zugelassener Grenzübergangsstellen unter Beachtung der jeweils geltenden innerstaatlichen Bestimmungen der Vertragsparteien überschreiten. Im Übrigen bleiben die geltenden aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen der Vertragsparteien unberührt.

(2) Das Erfordernis einer Erlaubnis, eine Beschäftigung beim Bau und der Instandhaltung der Grenzbrücke auszuüben, richtet sich auch für Tätigkeiten, die auf dem Hoheitsgebiet der jeweils anderen Vertragspartei ausgeübt werden, ausschließlich nach dem innerstaatlichen Recht derjenigen Vertragspartei, welcher nach Anlagen A und B die Ausführung der Arbeiten einschließlich der damit verbundenen Prüfungen und Begehungen obliegt.

(3) Die Vertragsparteien verpflichten sich, Personen, die aufgrund dieses Vertrags in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gelangt sind und die die Bestimmungen dieses Vertrags verletzt haben oder sich dort rechtswidrig aufhalten, jederzeit formlos zurückzunehmen.

(4) Einzelfragen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bereich der Grenzbrücken werden von den örtlich zuständigen Grenzbehörden und den jeweils örtlich zuständigen Polizeibehörden einvernehmlich geregelt.

Artikel 16

Steuerrechtliche Regelungen

(1) Unabhängig vom tatsächlichen Verlauf der Staatsgrenze zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien werden der Baustellenbereich für die Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung die Grenzbrücke selbst, soweit sie sich auf das Hoheitsgebiet der Republik Polen erstrecken, für die Anwendung des Mehrwertsteuerrechts der Republik Polen und des Umsatzsteuerrechts der Bundesrepublik Deutschland als Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland betrachtet, soweit es sich um Lieferungen von Gegenständen, um den innergemeinschaftlichen Erwerb von Gegenständen und um Dienstleistungen handelt, die für den Bau oder die Instandhaltung der Grenzbrücken nach Anlage A oder B bestimmt sind, wenn das mit dem Bau oder der Instandhaltung betraute zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen seinen Sitz in der Bundesrepublik Deutschland hat.

(2) Unabhängig vom tatsächlichen Verlauf der Staatsgrenze zwischen den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien werden der Baustellenbereich für die Grenzbrücke und nach ihrer Fertigstellung die Grenzbrücke selbst, soweit sie sich auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland erstrecken, für die Anwendung des Umsatzsteuerrechts der Bundesrepublik Deutschland und des Mehrwertsteuerrechts der Republik Polen als Hoheitsgebiet der Republik Polen betrachtet, soweit es sich um Lieferungen von Gegenständen, um den innerge-

meinschaftlichen Erwerb von Gegenständen und um Dienstleistungen handelt, die für den Bau oder die Instandhaltung der Grenzbrücken nach Anlage A oder B bestimmt sind, wenn das mit dem Bau oder der Instandhaltung betraute zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen seinen Sitz in der Republik Polen hat.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Verwendung verbrauchssteuerpflichtiger Energieerzeugnisse und elektrischen Stroms, soweit dies gemeinschaftsrechtlich zulässig ist.

(4) Die zum Bau oder zur Instandhaltung von Grenzbrücken erforderlichen Waren unterliegen bei ihrem innergemeinschaftlichen Verbringen aus dem Hoheitsgebiet der einen Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei keinen Verboten und Beschränkungen nach innerstaatlichem Recht.

(5) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden der Vertragsparteien verständigen sich und leisten einander jede notwendige Information und Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen in den Absätzen 1 bis 4. Die Vertreter dieser Behörden sind berechtigt, sich auf den Baustellen und auf den Grenzbrücken aufzuhalten und dort die Maßnahmen im Rahmen der Bestimmungen in den Absätzen 1 bis 4 zu treffen, die in ihren Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind.

(6) Die Regelungen der Absätze 1 und 2 berühren nicht den Vertrag vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze.

(7) Dieser Vertrag berührt nicht die Bestimmungen des Abkommens vom 14. Mai 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen in seiner jeweils gültigen Fassung.

Artikel 17
Datenschutz

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Vertrags nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch die empfangende Stelle ist nur zu den in diesem Vertrag bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zur Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Daten unverzüglich zu berichtigen oder zu löschen.

4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen auf Auskunftserteilung nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
5. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung der Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssten. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass jede Übermittlung und jeder Empfang der Daten aktenkundig gemacht wird.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 18

Arbeitsrechtliche Regelungen

Bei der Tätigkeit von beteiligten Personen beim Bau und der Instandhaltung der Grenzbrücken finden die innerstaatlichen arbeitsrechtlichen Rechtsvorschriften entsprechend Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen Anwendungen, die auf dem Hoheitsgebiet der Vertragspartei gelten, auf dem die Tätigkeiten ausgeführt werden.

Artikel 19

Gemeinsame Arbeitsgruppe

(1) Es wird eine deutsch-polnische Gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet, der insbesondere die Aufgabe obliegt, die Einhaltung der Bestimmungen dieses Vertrags sicherzustellen, Fragen zur Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags zu klären und gegebenenfalls den Vertragsparteien Vorschläge zur Änderung dieses Vertrags zu unterbreiten.

(2) Die Gemeinsame Arbeitsgruppe besteht aus Vertretern der für Verkehr zuständigen Ministerien sowie aus Vertretern der zuständigen Eisenbahninfrastrukturunternehmen der Vertragsparteien. Die Mitglieder der Gemeinsamen Arbeitsgruppe werden die Vertragsparteien nach Unterzeichnung dieses Vertrags benennen. Die Vorsitzenden der Gemeinsamen Arbeitsgruppe sind Vertreter der für Verkehr zuständigen Ministerien der Vertragsparteien.

(3) Die Gemeinsame Arbeitsgruppe unterbreitet den Vertragsparteien Vorschläge für die Zuordnung der Grenzbrücken in den Anlagen A und B. Dabei soll so weit wie möglich berücksichtigt werden, dass das Verhältnis der von jeder Vertragspartei jeweils zu bauenden und instand zu haltenden Grenzbrücken dem Verhältnis der diesbezüglichen Brückenflächen auf den jeweiligen Hoheitsgebieten entspricht.

(4) Jeder Vorsitzende der Gemeinsamen Arbeitsgruppe kann durch Ersuchen an den jeweils anderen Vorsitzenden zu einer Sitzung einberufen. Die Sitzung soll spätestens einen Monat nach Eingang des Ersuchens stattfinden.

(5) Die Gemeinsame Arbeitsgruppe kann zu ihren Sitzungen Experten einladen.

(6) Die Gemeinsame Arbeitsgruppe fasst ihre Vorschläge in gegenseitigem Einvernehmen.

Abschnitt 5
Schlussbestimmungen
Artikel 20
Meinungsverschiedenheiten

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen von der zu diesem Zweck nach Artikel 19 eingerichteten Gemeinsamen Arbeitsgruppe in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der Vertragsparteien gelöst werden. Falls keine Einigung zustande kommt, kann der diplomatische Weg genutzt werden.

Artikel 21
Geltungsdauer

Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer fünfjährigen Kündigungsfrist zum Ablauf eines Kalenderjahres schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden, jedoch nicht früher als 20 Jahre ab dem Tage seines Inkrafttretens.

Artikel 22
Änderung der Anlagen

Änderungen und Ergänzungen der Anlagen zu diesem Vertrag nach den Vorschlägen der Gemeinsamen Arbeitsgruppe nach Artikel 19 werden im Wege eines diplomatischen Notenwechsels durchgeführt.

Artikel 23
Inkrafttreten

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

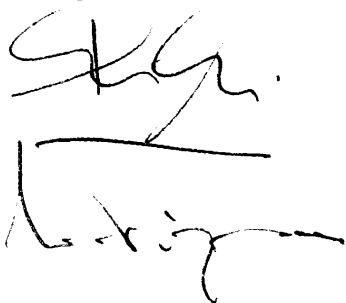
(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Zum Zwecke eines frühestmöglichen Beginns des Baus der Grenzbrücken sowie einer Verbesserung des Erhaltungszustandes der Grenzbrücken kommen die Vertragsparteien überein, dass die Bestimmungen dieses Vertrags vom Tag seiner Unterzeichnung an nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts vorläufig angewendet werden.

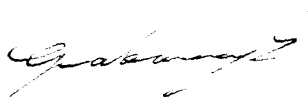
(4) Die Registrierung dieses Vertrages beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der deutschen Vertragspartei veranlasst. Die polnische Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu *Frankfurt (Oder)* am *26. Februar*... 200*7* in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland

Two handwritten signatures in black ink, one above the other, representing the German delegation.

Für die
Republik Polen

A handwritten signature in black ink representing the Polish delegation.

Anlage A
zum
Vertrag
zwischen
der Bundesrepublik Deutschland
und
der Republik Polen
über
den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken
in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von Schienenwegen des Bundes,
in der Republik Polen im Zuge von Eisenbahnstrecken
mit staatlicher Bedeutung

Die Vertragsparteien sind wie folgt übereingekommen:

1. Der deutschen Vertragspartei obliegt der Bau folgender Grenzbrücken:

Grenzbrücke über die Oder zwischen Frankfurt (Oder) und Kunersdorf (Kunowice) bei Stromkilometer 580,640.

2. Der polnischen Vertragspartei obliegt der Bau folgender Grenzbrücken:

Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Horka und Kohlfurt (Węglińiec) bei Stromkilometer 130,470.

Anlage B
zum
Vertrag
zwischen
der Bundesrepublik Deutschland
und
der Republik Polen
über
den Bau und die Instandhaltung von Grenzbrücken
in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von Schienenwegen des Bundes,
in der Republik Polen im Zuge von Eisenbahnstrecken
mit staatlicher Bedeutung

Die Vertragsparteien sind wie folgt übereingekommen:

1. Der deutschen Vertragspartei obliegt die Instandhaltung folgender Grenzbrücken:
 - a) Grenzbrücke über die Oder zwischen Neurüdnitz und Alt Rüdnitz (Siekierki) bei Stromkilometer 653,903*,
 - b) Grenzbrücke über die Oder zwischen Küstrin-Kietz und Küstrin (Kostrzyn) bei Stromkilometer 615,102,
 - c) Grenzbrücke über die Oder zwischen Frankfurt (Oder) und Kunersdorf (Kunowice) bei Stromkilometer 580,640,

- d) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Hagenwerder und Reutnitz (Ręczyn) bei Stromkilometer 169,611,
 - e) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Hirschfelde und Rohnau (Trzciniac Zgorzelecki) bei Stromkilometer 186,281.
2. Der polnischen Vertragspartei obliegt die Instandhaltung folgender Grenzbrücken:
- a) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Guben und Guben (Gubin) bei Stromkilometer 13,375,
 - b) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Guben und Gubinchen (Gubinek) bei Stromkilometer 17,625*,
 - c) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Forst und Teuplitz (Tuplice) bei Stromkilometer 51,935,
 - d) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Bad Muskau und Lugnitz (Łęknica) bei Stromkilometer 80,530*,
 - e) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Horka und Kohlfurt (Węgliniec) bei Stromkilometer 130,470,
 - f) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Görlitz und Görlitz (Zgorzelec) bei Stromkilometer 153,885,

- g) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Ostritz (Krzewina Zgorzelecka) und Rohnau (Trzciniec Zgorzelecki) bei Stromkilometer 184,220

- h) Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße zwischen Ostritz (Krzewina Zgorzelecka) und Rohnau (Trzciniec Zgorzelecki) bei Stromkilometer 184,780.

* Strecke stillgelegt

[POLISH TEXT – TEXTE POLONAIS]

Umowa

między

Republiką Federalną Niemiec

a

Rzeczpospolitą Polską

o

budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych

w ciągu federalnych linii kolejowych w Republice Federalnej Niemiec

i w ciągu linii kolejowych o znaczeniu państwowym w Rzeczypospolitej Polskiej

Republika Federalna Niemiec
i
Rzeczpospolita Polska,
zwane dalej „Umawiającymi się Stronami”,

działając zgodnie z Traktatem z dnia 17 czerwca 1991 r. między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy,

dążąc do ułatwienia ruchu kolejowego między obu Państwami oraz ruchu tranzytowego przez ich terytoria,

mając na celu uregulowanie zasad budowy i utrzymania granicznych obiektów mostowych zlokalizowanych w ciągu federalnych linii kolejowych w Republice Federalnej Niemiec i w ciągu linii kolejowych o znaczeniu państwowym w Rzeczypospolitej Polskiej,

uzgodniły, co następuje:

Rozdział 1
Przedmiot Umowy
Artykuł 1
Zakres Umowy

1. Niniejsza Umowa reguluje zasady budowy i utrzymania granicznych obiektów mostowych zlokalizowanych w ciągu federalnych linii kolejowych w Republice Federalnej Niemiec i w ciągu linii kolejowych o znaczeniu państwowym w Rzeczypospolitej Polskiej.

2. Integralną częścią niniejszej Umowy są Załączniki A i B. Załącznik A określa, która z Umawiających się Stron ma obowiązek budowy granicznych obiektów mostowych, a Załącznik B określa, która z Umawiających się Stron ma obowiązek utrzymania istniejących granicznych obiektów mostowych.

Artykuł 2
Definicje

W rozumieniu niniejszej Umowy następujące określenia oznaczają:

- 1) „budowa granicznych obiektów mostowych” – obejmuje projektowanie, realizację budowy i finansowanie w zakresie odbudowy istniejących granicznych obiektów mostowych i należących do nich urządzeń oraz w zakresie budowy nowych granicznych obiektów mostowych i należących do nich urządzeń;
- 2) utrzymanie granicznych obiektów mostowych” – obejmuje realizację i finansowanie wszystkich prac w zakresie konserwacji, kontroli i naprawy granicznych obiektów mostowych i należących do nich urządzeń. Należą tu wszystkie działania zapewniające prawidłowe wykorzystanie granicznych obiektów mostowych i ich

odpowiedni stan techniczny z zachowaniem stanu bezpiecznego bez zmiany istotnych wymiarów i statyki;

- 3) „urządzenia należące do granicznych obiektów mostowych” – są to nawierzchnia kolejowa, sieć trakcyjna, urządzenia sterowania i zabezpieczenia ruchu kolejowego, urządzenia telekomunikacyjne, skarpy nasypów, umocnienia brzegów, dojazdy, urządzenia odwadniające i oświetlenia, oznakowanie żeglugowe oraz urządzenia zabezpieczające przed spływem lodu i kolizjami ze statkami żeglugi śródlądowej w rejonie granicznych obiektów mostowych;
- 4) „stan bezpieczny granicznych obiektów mostowych” ma miejsce, jeśli:
 - a) nie występuje zagrożenie dla stateczności lub nośności budowli albo istotnego elementu konstrukcji nośnej mostu,
 - b) most nie powoduje zagrożenia dla prowadzenia ruchu kolejowego,
 - c) most nie powoduje zagrożenia ani dla ruchu osób trzecich ani dla pracowników przedsiębiorstw infrastruktury kolejowej;
- 5) „właściwe przedsiębiorstwa infrastruktury kolejowej” – są to przedsiębiorstwa, którym zgodnie z prawem wewnętrznym danej Umawiającej się Strony powierzona jest budowa i utrzymanie granicznych obiektów mostowych i które zarządzają infrastrukturą kolejową.

Rozdział 2

Budowa granicznych obiektów mostowych

Artykuł 3

Odbudowa i budowa nowych granicznych obiektów mostowych

W celu usprawnienia transgranicznego ruchu kolejowego Umawiające się Strony będą w wzajemnym porozumieniu:

- a) odbudowywać graniczne obiekty mostowe wymienione w załączniku A, na terytorium Republiki Federalnej Niemiec i na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej, jeśli stan techniczny obiektów mostowych nie uzasadnia ich dalszego utrzymywania,
- b) w uzasadnionych przypadkach poszerzać istniejące graniczne obiekty mostowe lub podnosić ich nośność,
- c) w uzasadnionych przypadkach budować nowe graniczne obiekty mostowe.

Artykuł 4

Stosowanie norm technicznych i przepisów budowlanych

1. Graniczny obiekt mostowy projektuje się, buduje i dokonuje jego odbioru zgodnie z obowiązującymi normami technicznymi i przepisami budowlanymi tej Umawiającej się Strony, która jest właściwa zgodnie z załącznikiem A.

2. Przy budowie granicznego obiektu mostowego należy uwzględnić Umowę Europejską o Głównych Międzynarodowych Liniach Kolejowych z dnia 31 maja 1985 roku (Umowa AGC) i Umowę Europejską o Ważniejszych Międzynarodowych Liniach Transportu Kombinowanego i Obiektach Towarzyszących z dnia 1 lutego 1991 roku (Umowa AGTC)

oraz Dyrektywę Rady 96/48/WE z dnia 23 lipca 1996 roku w sprawie interoperacyjności transeuropejskiego systemu kolei dużych prędkości i Dyrektywę 2001/16/WE Parlamentu Europejskiego i Rady z dnia 19 marca 2001 roku o interoperacyjności transeuropejskiego systemu kolei konwencjonalnych.

3. Pojedyncze elementy konstrukcyjne urządzeń należących do granicznych obiektów mostowych mogą być wykonane według obowiązujących norm technicznych i przepisów budowlanych drugiej Umawiającej się Strony.

4. Przy budowie granicznego obiektu mostowego należy uwzględnić Dyrektywę Rady 85/337/EWG z dnia 27 czerwca 1985 r. o badaniu wpływu na środowisko określonych projektów publicznych i prywatnych oraz Umowę między Rządem Republiki Federalnej Niemiec i Rządem Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 11 kwietnia 2006 r. o realizacji Konwencji o ocenach oddziaływania na środowisko w kontekście transgranicznym z dnia 25 lutego 1991 r.

Artykuł 5

Odbiór

1. Odbioru granicznych obiektów mostowych dokonują odpowiednio właściwe organy obu Umawiających się Stron w obecności przedstawicieli właściwych przedsiębiorstw infrastruktury kolejowej i przedsiębiorstw wykonujących budowę.

2. Odbioru granicznych obiektów mostowych dokonuje się zgodnie z prawem wewnętrznym tej Umawiającej się Strony, która ma obowiązek wybudowania danego granicznego obiektu mostowego.

Artykuł 6
Koszty budowy

1. Koszty budowy granicznego obiektu mostowego ponosi wyłącznie ta Umawiająca się Strona, która jest właściwa zgodnie z Załącznikiem A.
2. Istniejąca dokumentacja granicznego obiektu mostowego łącznie z obszarem związanym z mostem będzie w zakresie niezbędnym do projektowania granicznego obiektu mostowego bezpłatnie przekazana właściwemu przedsiębiorstwu infrastruktury kolejowej drugiej Umawiającej się Strony na jego wniosek, w szczególności dokumentacja dotycząca pomiarów geodezyjnych i badań gruntu.

Artykuł 7
Uzgodnienia

1. Właściwe urzędy i właściwe przedsiębiorstwa infrastruktury kolejowej obu Umawiających się Stron będą ściśle współpracowały ze sobą w celu uzgodnienia zagadnień technicznych, eksploatacyjnych i prawnych związanych z budową granicznych obiektów mostowych.
2. Właściwe przedsiębiorstwa infrastruktury kolejowej obu Umawiających się Stron zobowiązane są informować Wspólną Grupę Roboczą, powołaną zgodnie z artykułem 19, o postępie prac związanych z budową granicznych obiektów mostowych.

Rozdział 3

Utrzymanie granicznych obiektów mostowych

Artykuł 8

Przedmiot utrzymania

1. Utrzymanie istniejących granicznych obiektów mostowych łącznie z należącymi do nich urządzeniami, w rozumieniu artykułu 2 punkt 2 i 3, jest obowiązkiem właściwej Umawiającej się Strony zgodnie z załącznikiem B.
2. Nowy graniczny obiekt mostowy, wybudowany zgodnie z niniejszą Umową, będzie utrzymywany przez tę Umawiającą się Stronę, która ma obowiązek jego wybudowania. Nowo wybudowany graniczny obiekt mostowy należy wprowadzić do Załącznika B.
3. Właściwe przedsiębiorstwa infrastruktury kolejowej obu Umawiających się Stron mogą dokonywać pisemnych uzgodnień dotyczących innego podziału obowiązku utrzymania urządzeń należących do granicznych obiektów mostowych.

Artykuł 9

Realizacja utrzymania

1. Prace wymienione w artykule 2 punkt 2 będą wykonywane według prawa wewnętrznego tej Umawiającej się Strony, która ma obowiązek utrzymania danego granicznego obiektu mostowego.
2. Roboty związane z utrzymaniem na granicznych obiektach mostowych i na należących do nich urządzeniach będą wykonywane tak, aby możliwie jak najmniej utrudniały ruch kolejowy na granicznych obiektach mostowych i na liniach dojazdowych do nich oraz żeglugę na rzekach. W trakcie robót związanych z utrzymaniem będą zapewnione

odpowiednie warunki dla przepływu wysokiej fali i spływu lodu pod granicznymi obiektami mostowymi.

Artykuł 10

Wymiana dokumentacji

Właściwe przedsiębiorstwo infrastruktury kolejowej jednej Umawiającej się Strony przekazuje właściwemu przedsiębiorstwu infrastruktury kolejowej drugiej Umawiającej się Strony na jego wniosek jednorazowo, bezpłatnie jeden egzemplarz posiadanej dokumentacji dotyczącej granicznych obiektów mostowych i należących do nich urządzeń.

Artykuł 11

Informowanie o planowanych robotach

1. Właściwe przedsiębiorstwa infrastruktury kolejowej obydwu Umawiających się Stron informują się wzajemnie o przewidywanych i zaplanowanych robotach związanych z utrzymaniem granicznych obiektów mostowych i należących do nich urządzeń, najpóźniej sześć miesięcy przed rozpoczęciem robót, jeśli nieuniknione jest ograniczenie lub tymczasowe wstrzymanie ruchu kolejowego.

2. Jeśli roboty wymienione w ustępie 1 nie ograniczają ruchu kolejowego, właściwe przedsiębiorstwa infrastruktury kolejowej informują się wzajemnie najpóźniej dwa tygodnie przed rozpoczęciem robót.

Artykuł 12

Koszty utrzymania

Wszelkie koszty związane z utrzymaniem granicznych obiektów mostowych i należących do nich urządzeń ponosi ta Umawiająca się Strona, która jest właściwa zgodnie z artykułem 8.

Artykuł 13

Przeprowadzanie badań

1. Przedstawiciele właściwych przedsiębiorstw infrastruktury kolejowej przeprowadzają badania na utrzymywanych przez Umawiające się Strony granicznych obiektach mostowych zgodnie z przepisami prawa wewnętrznego tej Umawiającej się Strony, która ma obowiązek utrzymania granicznego obiektu mostowego.

2. Najpóźniej co sześć lat przedstawiciele właściwych przedsiębiorstw infrastruktury kolejowej obu Umawiających się Stron przeprowadzają na każdym granicznym obiekcie mostowym i należących do niego urządzeniach wspólne oględziny wraz z dokładnym poinformowaniem o wynikach ostatnich badań przeprowadzonych zgodnie z prawem wewnętrznym. Właściwe przedsiębiorstwo infrastruktury kolejowej jednej Umawiającej się Strony przekazuje wyniki swoich badań właściwemu przedsiębiorstwu infrastruktury kolejowej drugiej Umawiającej się Strony dwa tygodnie przed uzgodnionymi wspólnymi oględzinami granicznych obiektów mostowych.

3. Właściwe przedsiębiorstwo infrastruktury kolejowej, któremu jest powierzony utrzymanie granicznego obiektu mostowego, zarządza wspólne oględziny, sporządza protokół w języku niemieckim i polskim oraz przekazuje go niezwłocznie właściwemu przedsiębiorstwu infrastruktury kolejowej drugiej Umawiającej się Strony.

4. Wspólne oględziny należy przeprowadzić również w szczególnych przypadkach, takich jak między innymi nadzwyczajnie wysoki stan wody, spływ lodu, uderzenie statku. Do przygotowania i przeprowadzenia oględzin wynikających ze szczególnych przypadków zobowiązane jest właściwe przedsiębiorstwo infrastruktury kolejowej, któremu jest powierzony utrzymanie danego granicznego obiektu mostowego.

Rozdział 4

Postanowienia ogólne

Artykuł 14

Informowanie

1. Właściwe w danym wypadku przedsiębiorstwa infrastruktury kolejowej Umawiających się Stron informują zawczasu Stałą Niemiecko-Polską Komisję Graniczną o budowie granicznego obiektu mostowego oraz zamierzonych większych robotach związanych z utrzymaniem granicznego obiektu mostowego.

2. Właściwe w danym wypadku przedsiębiorstwa infrastruktury kolejowej Umawiających się Stron informują niezwłocznie odpowiednio właściwe terytorialnie organy graniczne o przygotowaniu i rozpoczęciu budowy i robót związanych z utrzymaniem granicznego obiektu mostowego.

Artykuł 15

Prawo wstępu

1. Osobom udającym się w sprawach związanych z budową, utrzymaniem oraz badaniami i oględzinami granicznych obiektów mostowych zezwala się na przekraczanie granicy państwowej na obszarze placów budowy lub granicznych obiektów mostowych także poza dozwolonymi przejściami granicznymi, z uwzględnieniem odpowiednio obowiązujących przepisów prawa wewnętrznego Umawiających się Stron. Obowiązujące przepisy dotyczące prawa pobytu na terytorium Umawiających się Stron pozostają poza tym nienaruszone.

2. Wymóg zezwolenia na pracę przy budowie i utrzymaniu granicznego obiektu mostowego, również dla czynności wykonywanych na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, jest określony wyłącznie zgodnie z prawem wewnętrznym tej Umawiającej się Strony, która według Załączników A i B ma obowiązek wykonywania robót łącznie ze związanymi z tym badaniami i oględzinami.

3. Umawiające się Strony zobowiązują się do przyjmowania z powrotem bez formalności i w każdym czasie osób, które na podstawie niniejszej Umowy znalazły się na terytorium drugiej Umawiającej się Strony i naruszyły postanowienia niniejszej Umowy lub przebywają tam bezprawnie.

4. Szczegółowe sprawy związane z utrzymaniem bezpieczeństwa i porządku publicznego na obszarze granicznych obiektów mostowych są regulowane w porozumieniu przez właściwe terytorialnie organy graniczne i odpowiednio właściwe terytorialnie organy policji.

Artykuł 16

Regulacje podatkowe

1. W odniesieniu do stosowania prawa o podatku od towarów i usług Rzeczypospolitej Polskiej i prawa o podatku obrotowym Republiki Federalnej Niemiec, o ile dotyczy to dostaw towarów, usług oraz wewnątrzwspólnotowego nabycia towarów, przeznaczonych do budowy lub utrzymania granicznych obiektów mostowych zgodnie z Załącznikiem A lub B, jeśli właściwe przedsiębiorstwo infrastruktury kolejowej, któremu powierzona jest budowa lub utrzymanie, ma siedzibę w Republice Federalnej Niemiec, to niezależnie od rzeczywistego przebiegu granicy państwowej między terytoriami Umawiających się Stron, obszar budowy granicznego obiektu mostowego, a po jego wybudowaniu sam graniczny obiekt mostowy, o ile rozciąga się on na terytorium Rzeczypospolitej Polskiej, traktuje się jako terytorium Republiki Federalnej Niemiec.

2. W odniesieniu do stosowania prawa o podatku obrotowym Republiki Federalnej Niemiec i prawa o podatku od towarów i usług Rzeczypospolitej Polskiej, o ile dotyczy to dostaw towarów, usług oraz wewnątrzwspólnotowego nabycia towarów, przeznaczonych do budowy lub utrzymania granicznych obiektów mostowych zgodnie z Załącznikiem A lub B, jeśli właściwe przedsiębiorstwo infrastruktury kolejowej, któremu powierzona jest budowa lub

utrzymanie, ma siedzibę w Rzeczypospolitej Polskiej, to niezależnie od rzeczywistego przebiegu granicy państwowej między terytoriami Umawiających się Stron, obszar budowy granicznego obiektu mostowego, a po jego wybudowaniu sam graniczny obiekt mostowy, o ile rozciąga się on na terytorium Republiki Federalnej Niemiec, traktuje się jako terytorium Rzeczypospolitej Polskiej.

3. Ustępy 1 i 2 obowiązują odpowiednio w odniesieniu do wykorzystania produktów energetycznych i energii elektrycznej objętych podatkiem akcyzowym, o ile zezwala na to prawo wspólnotowe.

4. Towary potrzebne do budowy lub utrzymania granicznych obiektów mostowych nie podlegają żadnym zakazom i ograniczeniom, wynikającym z prawa wewnętrznego przy ich wewnątrzspółnotowym wprowadzaniu z terytorium jednej Umawiającej się Strony na terytorium drugiej Umawiającej się Strony.

5. Właściwe organy podatkowe i celne Umawiających się Stron będą się porozumiewać i przekazywać sobie wszelkie niezbędne informacje i świadczyć pomoc przy stosowaniu swych przepisów prawnych i administracyjnych w ramach postanowień zawartych w ustępach 1–4. Przedstawiciele tych organów mają prawo do przebywania na placach budowy i na granicznych obiektach mostowych i podejmowania tam środków w ramach postanowień ustępów 1– 4, które są przewidziane w ich przepisach prawnych i administracyjnych.

6. Uregulowania ustępów 1 i 2 nie naruszają Traktatu między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską o potwierdzeniu istniejącej między nimi granicy z dnia 14 listopada 1990 roku.

7. Niniejsza Umowa nie narusza postanowień obowiązującej umowy między Republiką Federalną Niemiec a Rzeczpospolitą Polską w sprawie unikania podwójnego opodatkowania w zakresie podatków od dochodu i od majątku z dnia 14 maja 2003 roku w jej aktualnie obowiązującej wersji.

Artykuł 17

Ochrona danych osobowych

Przekazywanie i wykorzystanie danych osobowych, zwanych dalej danymi, w ramach niniejszej Umowy odbywa się z uwzględnieniem prawa wewnętrznego każdej z Umawiających się Stron, zgodnie z następującymi postanowieniami:

- 1) jednostka otrzymująca dane informuje na wniosek jednostkę przekazującą drugiej Umawiającej się Strony o wykorzystaniu przekazanych danych i o osiągniętych w związku z tym wynikach;
- 2) wykorzystanie danych przez jednostkę otrzymującą dozwolone jest tylko do celów określonych w niniejszej Umowie i na warunkach podanych przez jednostkę przekazującą. Ponadto ich wykorzystanie dozwolone jest dla zapobiegania poważnym przestępstwom i dla ich ścigania oraz w celu obrony przed poważnymi zagrożeniami bezpieczeństwa publicznego;
- 3) jednostka przekazująca ma obowiązek zwracać uwagę na prawidłowość przekazywanych danych oraz konieczność i współmierność odpowiednio do zamierzonego celu ich przekazania. Należy przy tym uwzględniać zakazy przekazywania danych obowiązujące zgodnie z odpowiednim prawem wewnętrznym. Nie przekazuje się danych, gdy jednostka przekazująca ma podstawy przypuszczać, że byłoby to sprzeczne z celem prawa wewnętrznego lub naruszyłoby chronione interesy zainteresowanych osób. W wypadku przekazania niewłaściwych danych lub danych, których nie wolno było przekazywać, należy bezzwłocznie poinformować jednostkę otrzymującą. Jest ona zobowiązana niezwłocznie dane te poprawić lub usunąć;

- 4) na wniosek zainteresowanej osoby należy ją poinformować o posiadanych danych, które jej dotyczą, oraz o przewidywanym celu ich wykorzystania. Można odmówić udzielenia takiej informacji, jeśli interes państwowy związany z nieudzieleniem informacji przeważa nad interesem wnioskodawcy. Poza tym prawo zainteresowanej osoby do otrzymania informacji zgodne jest z prawem wewnętrznym tej Umawiającej się Strony, na której terytorium składa się wniosek o informację;
- 5) jednostka przekazująca przy przekazywaniu danych podaje przewidziane w prawie wewnętrznym terminy ich przechowywania, po upływie których muszą one być usunięte. Niezależnie od tych terminów należy usunąć przekazane dane, gdy nie są już potrzebne do celu, dla którego zostały przekazane;
- 6) jednostka przekazująca i jednostka otrzymująca zapewniają zarejestrowanie każdego przekazania i każdego otrzymania danych;
- 7) jednostka przekazująca i jednostka otrzymująca mają obowiązek chronić skutecznie przekazane dane przed nieuprawnionym dostępem, nieuprawnioną zmianą i nieuprawnionym podaniem do wiadomości.

Artykuł 18

Regulacje dotyczące prawa pracy

Do czynności osób uczestniczących w budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych stosuje się wewnętrzne przepisy prawa pracy obowiązujące na terytorium tej Umawiającej się Strony, na którym wykonywane są te czynności, zgodnie z Dyrektywą 96/71/WE Parlamentu Europejskiego i Rady z dnia 16 grudnia 1996 r. o delegowaniu pracowników w ramach świadczenia usług.

Artykuł 19

Wspólna Grupa Robocza

1. Tworzy się niemiecko-polską Wspólną Grupę Roboczą, która ma szczególnie za zadanie zapewnienie przestrzegania postanowień niniejszej Umowy, wyjaśnianie spraw związanych z interpretacją lub stosowaniem niniejszej Umowy i ewentualnie przedstawianie Umawiającym się Stronom propozycji zmian do niniejszej Umowy.

2. Wspólna Grupa Robocza składa się z przedstawicieli ministerstw właściwych do spraw transportu oraz przedstawicieli właściwych przedsiębiorstw infrastruktury kolejowej Umawiających się Stron. Członków Wspólnej Grupy Roboczej wyznaczają Umawiające się Strony po podpisaniu niniejszej Umowy. Przewodniczącymi Wspólnej Grupy Roboczej są przedstawiciele ministerstw właściwych do spraw transportu Umawiających się Stron.

3. Wspólna Grupa Robocza przedstawia Umawiającym się Stronom propozycje dotyczące przyporządkowania granicznych obiektów mostowych w Załącznikach A i B. Należy przy tym w miarę możliwości przestrzegać, by stosunek budowanych i utrzymywanych przez każdą z Umawiających się Stron granicznych obiektów mostowych odpowiadał stosunkowi odpowiednich powierzchni obiektów mostowych na terytorium każdej z Umawiających się Stron.

4. Każdy z przewodniczących Wspólnej Grupy Roboczej może zwołać posiedzenie składając wniosek do drugiego przewodniczącego. Posiedzenie powinno się odbyć najpóźniej w ciągu miesiąca od otrzymania wniosku.

5. Wspólna Grupa Robocza może na swoje posiedzenia zapraszać ekspertów.

6. Wspólna Grupa Robocza przyjmuje propozycje we wzajemnym porozumieniu.

Rozdział 5
Postanowienia końcowe
Artykuł 20
Różnice zdań

Różnice zdań dotyczące interpretacji lub stosowania niniejszej Umowy powinny być rozwiązywane przez utworzoną w tym celu, zgodnie z artykułem 19, Wspólną Grupę Roboczą w ścisłej współpracy z właściwymi organami Umawiających się Stron. W wypadku nieosiągnięcia porozumienia może być wykorzystana droga dyplomatyczna.

Artykuł 21
Okres obowiązywania

Niniejszą Umowę zawiera się na czas nieokreślony. Może ona zostać wypowiedziana przez każdą z Umawiających się Stron w drodze notyfikacji z zachowaniem pięcioletniego terminu wypowiedzenia na koniec roku kalendarzowego, jednakże nie wcześniej niż 20 lat od daty jej wejścia w życie.

Artykuł 22
Zmiana załączników

Zmiany i uzupełnienia Załączników do niniejszej Umowy zgodnie z propozycjami Wspólnej Grupy Roboczej, o której mowa w artykule 19, będą dokonywane w drodze wymiany not dyplomatycznych.

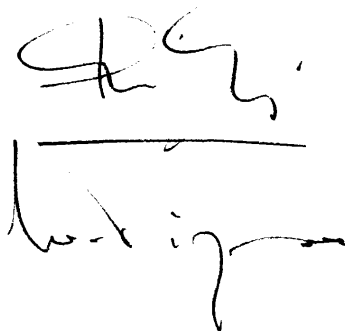
Artykuł. 23
Wejście w życie

1. Niniejsza Umowa podlega ratyfikacji; dokumenty ratyfikacyjne zostaną wymienione w możliwie najkrótszym terminie.
2. Niniejsza Umowa wchodzi w życie w pierwszym dniu drugiego miesiąca po wymianie dokumentów ratyfikacyjnych.
3. W celu jak najwcześniejszego rozpoczęcia budowy granicznych obiektów mostowych i poprawienia stanu utrzymania granicznych obiektów mostowych Umawiające się Strony uzgadniają, że postanowienia niniejszej Umowy będą stosowane prowizorycznie od dnia jej podpisania, zgodnie z prawem wewnętrznym danej Umawiającej się Strony.
4. Rejestracji niniejszej Umowy w Sekretariacie Organizacji Narodów Zjednoczonych zgodnie z artykułem 102 Karty Narodów Zjednoczonych dokona niezwłocznie po jej wejściu w życie Umawiająca się Strona niemiecka. Umawiająca się Strona polska zostanie poinformowana o dokonanej rejestracji z podaniem numeru rejestracyjnego ONZ, gdy tylko rejestracja zostanie potwierdzona przez Sekretariat Organizacji Narodów Zjednoczonych.

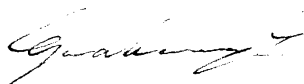
Sporządzono we Frankfurcie nad Odrą dn. 26 lutego 2008 r.

w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym obydwie teksty mają jednakową moc.

W imieniu
Republiki Federalnej Niemiec



W imieniu
Rzeczypospolitej Polskiej



Załącznik A
do Umowy
między
Republiką Federalną Niemiec
a
Rzeczpospolitą Polską
o
budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych
w ciągu federalnych linii kolejowych w Republice Federalnej Niemiec
i w ciągu linii kolejowych o znaczeniu państwowym w Rzeczypospolitej Polskiej

Umawiające się Strony uzgodniły, co następuje:

1. Umawiająca się Strona niemiecka ma obowiązek budowy następujących granicznych obiektów mostowych:

most graniczny przez Odrę między Frankfurtem nad Odrą i Kunowicami na 580,640 km prądu rzeki.

2. Umawiająca się Strona polska ma obowiązek budowy następujących granicznych obiektów mostowych:

most graniczny przez Nysę Łużycką między Horką i Węglińcem na 130,470 km prądu rzeki.

Załącznik B
do Umowy
między
Republiką Federalną Niemiec
a
Rzeczpospolitą Polską
o
budowie i utrzymaniu granicznych obiektów mostowych
w ciągu federalnych linii kolejowych w Republice Federalnej Niemiec
i w ciągu linii kolejowych o znaczeniu państwowym w Rzeczypospolitej Polskiej

Umawiające się Strony uzgodniły, co następuje:

1. Umawiająca się Strona niemiecka ma obowiązek utrzymania następujących granicznych obiektów mostowych:
 - a) most graniczny przez Odrę między Neurüdnitz i Siekierkami na 653,903 km prądu rzeki*,
 - b) most graniczny przez Odrę między Kietz i Kostrzynem na 615,102 km prądu rzeki,
 - c) most graniczny przez Odrę między Frankfurtem nad Odrą i Kunowicami na 580,640 km prądu rzeki,

- d) most graniczny przez Nysę Łużycką między Hagenwerder i Ręczynem na 169,611 km prądu rzeki,
 - e) most graniczny przez Nysę Łużycką między Hirschfelde i Trzcíncem Zgorzeleckim na 186,281 km prądu rzeki.
2. Umawiająca się Strona polska ma obowiązek utrzymania następujących granicznych obiektów mostowych:
- a) most graniczny przez Nysę Łużycką między Guben i Gubinem na 13,375 km prądu rzeki,
 - b) most graniczny przez Nysę Łużycką między Guben i Gubinkiem na 17,625 km prądu rzeki*,
 - c) most graniczny przez Nysę Łużycką między Forst i Tuplicami na 51,935 km prądu rzeki,
 - d) most graniczny przez Nysę Łużycką między Bad Muskau i Łęknica na 80,530 km prądu rzeki*,
 - e) most graniczny przez Nysę Łużycką między Horką i Węglińcem na 130,470 km prądu rzeki,
 - f) most graniczny przez Nysę Łużycką między Görlitz i Zgorzelcem na 153,885 km prądu rzeki,

- g) most graniczny przez Nysę Łużycką między Krzewiną Zgorzelecką i Trzcińcem Zgorzeleckim na 184,220 km prądu rzeki,
- h) most graniczny przez Nysę Łużycką między Krzewiną Zgorzelecką i Trzcińcem Zgorzeleckim na 184,780 km prądu rzeki.

* linia zamknięta

[TRANSLATION – TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE
REPUBLIC OF POLAND CONCERNING THE CONSTRUCTION AND
MAINTENANCE OF BORDER BRIDGES, AS PART OF FEDERAL
RAILWAY LINES IN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY, AND
AS PART OF RAILWAY LINES OF NATIONAL IMPORTANCE IN THE
REPUBLIC OF POLAND

The Federal Republic of Germany and the Republic of Poland, hereinafter called the "Contracting Parties",

In accordance with the Treaty of 17 June 1991 between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland concerning good neighbourliness and friendly cooperation,

Endeavouring to facilitate railway traffic between both States and through traffic in their territories,

With the goal of regulating the principles of construction and maintenance of border bridges as part of federal railway lines in the Federal Republic of Germany and as part of railway lines of national importance in the Republic of Poland,

Have agreed as follows:

SECTION 1. SUBJECT OF THE TREATY

Article 1. Scope of the Treaty

(1) This Treaty shall regulate the principles of construction and maintenance of border bridges as part of federal railway lines in the Federal Republic of Germany and as part of railway lines of national importance in the Republic of Poland.

(2) Appendices A and B are an integral part of this Treaty. Appendix A regulates which Contracting Party is responsible for the construction of border bridges and Appendix B regulates which Contracting Party is responsible for the maintenance of existing border bridges.

Article 2. Definitions

In this Treaty, the terms below shall have the following meaning:

(1) The "construction of border bridges" comprises the planning, construction and financing for the renovation of existing border bridges and associated facilities and for the erection of new border bridges and associated facilities.

(2) The "maintenance of border bridges" comprises the implementation and financing of all work for the maintenance, inspection and repair of border bridges and associat-

ed facilities. This includes all measures that ensure the orderly use of the border bridges and their suitable technical condition while maintaining a safe condition without altering the basic measurements and static proportions.

(3) "Facilities associated with the border bridges" are the railway track, the catenary installations, signal and safety equipment for railway operation, telecommunications systems, embankments on ramps, bank stabilization systems, approaches, drainage and lighting systems, navigation signs as well as guidance systems for avoiding ice floes and collision between inland navigation vessels in the area of the border bridges.

(4) Frontier bridges are in "safe condition" if:

- a) There is no danger to the stability or carrying capacity of the structure or of an essential load-bearing component of the bridge;
- b) The bridge presents no danger to the performance of railway operation; and
- c) The bridges present no danger to traffic by third-parties or the workers of the railway infrastructure companies.

(5) "Competent railway infrastructure companies" are companies that have been entrusted with the construction and maintenance of border bridges in accordance with the national law of the Contracting Party in question and operate railway infrastructure.

SECTION 2. CONSTRUCTION OF BORDER BRIDGES

Article 3. Renovation and New Construction

In order to improve international railway traffic, the Contracting Parties, as per mutual agreement:

- a) Shall renovate the border bridges named in Appendix A in the territory of the Federal Republic of Germany and in the territory of the Republic of Poland if the technical condition of the bridges no longer justifies their continued maintenance;
- b) Shall expand existing border bridges in justified cases or increase their carrying capacity;
- c) Shall construct new border bridges in justified cases.

Article 4. Application of Technical Standards and Construction Regulations

(1) Border bridges shall be designed, constructed and inspected according to the applicable technical standards and construction regulations of the competent Contracting Parties as per Appendix A.

(2) In constructing a border bridge, the European Agreement of 31 May 1985 on Main International Railway Lines (AGC) and the European Agreement of 1 February 1991 on Important International Combined Transport Lines and Related Installations (AGTC), as well as Council Directive 96/48/EC of 23 July 1996 on the Interoperability of the Trans-European High-Speed Rail System and Directive 2001/16/EC

of the European Parliament and of the Council of 19 March 2001 on the Interoperability of the Trans-European Conventional Rail System shall be taken into consideration.

(3) Individual components of the associated facilities of the border bridges may be manufactured according to the applicable technical standards and construction regulations of the other Contracting Party.

(4) In constructing a border bridge, Council Directive 85/337/EEC of 27 June 1985 on the Assessment of the Effects of Certain Public and Private Projects on the Environment and the Arrangement of 11 April 2006 between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Poland concerning the Implementation of the Convention on Environment Impact Assessment in a Transboundary Context of 25 February 1991 shall be taken into consideration.

Article 5. Inspection

(1) Inspection of the border bridges shall be made by the respective competent authorities of the Contracting Parties in the presence of representatives of the competent railway infrastructure companies and the companies carrying out construction.

(2) Inspection of border bridges shall be made according to the national law of the Contracting Party responsible for the construction of the border bridge in question.

Article 6. Construction Costs

(1) The competent Contracting Party as per Appendix A shall alone bear the costs for the construction of a border bridge.

(2) The as-built documents of a border bridge, including of the connecting area of the bridge, particularly documents concerning geodetic measurements and ground tests, shall be provided upon request free of charge to the competent railway infrastructure company of the other Contracting Party to the extent necessary for its planning.

Article 7. Coordination

(1) The competent authorities and railway infrastructure companies of both Contracting Parties shall closely cooperate for the purpose of coordinating the technical, operational and legal issues concerning the construction of the border bridges.

(2) The competent railway infrastructure companies of both Contracting Parties are obligated to inform the Joint Task Force formed as per Article 19 about the progress of construction work on the border bridges.

SECTION 3. MAINTENANCE OF BORDER BRIDGES

Article 8. Scope of Maintenance

(1) The maintenance of existing border bridges, including associated facilities, as per Article 2, paragraphs 2 and 3 shall be the responsibility of the competent Contracting Party as per Appendix B.

(2) A border bridge newly constructed according to this Treaty shall be maintained by the Contracting Party responsible for the construction of that border bridge. The newly constructed border bridge shall be registered in Appendix B.

(3) The competent railway infrastructure companies of both Contracting Parties may reach written agreements concerning a different arrangement for the maintenance requirement of the facilities associated with the border bridges.

Article 9. Performance of Maintenance

(1) The work cited in Article 2, paragraph 2 shall be performed according to the national law of the Contracting Party responsible for the maintenance of the border bridge in question.

(2) Maintenance work on the border bridges and associated facilities shall be performed in such a manner that it interferes with railway traffic on the border bridges and their approaches and ship traffic on rivers as little as possible. Suitable conditions shall be ensured for the drainage of floodwater and ice during maintenance work.

Article 10. Exchange of Documents

The competent railway infrastructure company of one Contracting Party shall, upon request and on a one-time basis, deliver a copy of the documents in its possession concerning the border bridges and associated facilities to the competent railway infrastructure company of the other Contracting Party.

Article 11. Notification of Planned Work

(1) The competent railway infrastructure companies of both Contracting Parties shall notify one another about planned and regular maintenance work on the border bridges and associated facilities no later than six months prior to beginning work if a restriction or temporary suspension of railway traffic is unavoidable.

(2) If the work cited in paragraph 1 will not restrict railway traffic, the competent railway infrastructure companies shall inform one another no later than two weeks prior to beginning work.

Article 12. Maintenance Costs

The Contracting Party competent as per Article 8 shall bear all costs in connection with the maintenance of border bridges and associated facilities.

Article 13. Performance of Inspections

(1) The representatives of the competent railway infrastructure companies shall perform inspections of the border bridges to be maintained by the Contracting Parties according to the national laws of the Contracting Party responsible for maintenance of the border bridge.

(2) In intervals of no more than six years, the representatives of the competent railway infrastructure companies of both Contracting Parties shall perform joint inspections of each border bridge and associated facilities with detailed information about the results of the latest inspections performed according to national law. The competent railway infrastructure company of one Contracting Party shall deliver the results of its inspections to the competent railway infrastructure company of the other Contracting Party two weeks prior to the agreed joint inspections of the border bridges.

(3) The competent railway infrastructure company entrusted with the maintenance of the border bridge shall initiate the joint inspection, prepare a report in the German and Polish languages, and deliver it immediately to the competent railway infrastructure company of the other Contracting Party.

(4) For special reasons, such as, inter alia, unusually high water, ice floes, or ship collision, joint inspections must also be performed. The competent railway infrastructure company entrusted with the maintenance of the bridge in question is required to prepare and perform the inspections for special reasons.

SECTION 4. GENERAL CONDITIONS

Article 14. Notification

(1) The respective competent railway infrastructure companies of the Contracting Parties shall immediately notify the Permanent German-Polish Border Commission about the construction of the border bridge and intended large-scale work to maintain the border bridge.

(2) The respective competent railway infrastructure companies of the Contracting Parties shall immediately notify the respective locally competent border authorities about the preparation and commencement of construction and the work to maintain the border bridge.

Article 15. Right of Access

(1) Individuals may also cross the national border in the area of construction sites or of border bridges beyond permitted frontier crossing points in compliance with the respectively applicable domestic regulations of the Contracting Parties for the purpose of construction, maintenance, examination and inspection of construction sites or border bridges. In other cases, the applicable residency regulations of the Contracting Parties shall remain unaffected.

(2) The requirement of permission to work in the construction or maintenance of a border bridge shall also apply for activities performed in the territory of the other Contracting Party in question exclusively in accordance with the national law of the Contracting Party responsible as per Appendices A and B for performing the work, including associated examination and inspection.

(3) The Contracting Parties commit themselves to repatriating, at any time and without formality, individuals who are in the territory of the other Contracting Party and have violated the regulations of this Treaty or have stayed there illegally.

(4) Individual questions concerning the maintenance of public security and order in the area of the border bridges shall be regulated by the locally competent border authorities and the respective locally competent police authorities by mutual agreement.

Article 16. Tax Regulations

(1) The actual course of the national border between the territories of the Contracting Parties notwithstanding, the area of the construction site of the border bridge and, after its completion, the border bridge itself shall, in so far as they extend into the territory of the Republic of Poland, be considered as the territory of the Federal Republic of Germany for the application of value-added tax law of the Republic of Poland and of sales tax law of the Federal Republic of Germany, in so far as this involves deliveries of articles, the acquisition of articles from within the Community, and services intended for the construction or the maintenance of the border bridges as per Appendices A or B if the competent railway infrastructure company entrusted with the construction or maintenance has its seat in the Federal Republic of Germany.

(2) The actual course of the national border between the territories of the Contracting Parties notwithstanding, the area of the construction site of the border bridge and, after its completion, the border bridge itself shall, in so far as they extend into the territory of the Federal Republic of Germany, be considered as territory of the Republic of Poland for the application of sales tax law of the Federal Republic of Germany and of value-added tax law of the Republic of Poland, in so far as this involves deliveries of articles, the acquisition of articles from within the Community, and services intended for the construction or the maintenance of the border bridges as per Appendices A or B if the competent railway infrastructure company entrusted with the construction or maintenance has its seat in the Republic of Poland.

(3) Paragraphs 1 and 2 shall similarly apply for the use of energy products and electricity subject to excise duty, in so far as this is permissible under Community law.

(4) The materials necessary for the construction or maintenance of border bridges shall be subject to no prohibitions or restrictions according to national law when brought within the Community from the territory of one Contracting Party to the territory of the other Contracting Party.

(5) The competent tax and customs authorities of the Contracting Parties shall reach agreement and provide one another all necessary information and support in applying the legal and administrative regulations within the scope of the provisions in paragraphs 1 through 4. The representatives of these authorities are authorized to stay at construction sites and border bridges and to take measures there within the scope of the provisions in Paragraphs 1 through 4 provided for in their legal and administrative regulations.

(6) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not affect the Treaty of 14 November 1990 between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland concerning the demarcation of the existing border between them.

(7) This Treaty shall not affect the provisions of the Agreement of 14 May 2003 between the Federal Republic of Germany and the Republic of Poland for the Avoidance of Double Taxation with Respect to Taxes on Income and Capital in the version valid at a given time.

Article 17. Protection of Data

The transmittal and use of personal data, hereinafter called "data", shall occur in consideration of the national law of each Contracting Party within the framework of this Agreement in accordance with the following provisions:

(1) The receiving agency shall, upon request, inform the transmitting agency of the other Contracting Party about the use of the transmitted data and about the results thereby achieved.

(2) The use of data by the recipient agency is permissible only for the purposes designated in this Treaty and subject to the provisions given by the transmitting agency. Furthermore, the use is permissible for the prevention and prosecution of criminal acts of substantial significance and for the purpose of defence against serious dangers to public security.

(3) The transmitting agency is obligated to pay attention to the correctness of the data to be transmitted and to its necessity and proportionality with respect to the purpose pursued with the transmittal. In so doing, prohibitions on transmittal according to respective applicable national law shall be observed. Transmittal shall not occur if the transmitting agency has reason to assume that transmittal would violate the intent of a national law or the affected person's interests worthy of protection would be compromised. Should it turn out that incorrect data or data that should not have been transmitted were transmitted, the recipient agency is to be immediately informed of this. It is obligated to carry out the correction or destruction of the data.

(4) The person in question is to be given, upon petition, information about the existing information concerning his person and about the intended use. The provision of such information can be denied if the interest of the State in not giving the information outweighs the interest of the petitioner. In addition, the right of the person in question to re-

ceive information shall be governed according to the law of the Contracting Party in whose territory the information is petitioned for.

(5) In transmitting the data, the transmitting agency shall refer to applicable deadlines for keeping these data according to its national law, after which they must be deleted. Independently of these deadlines, the transmitted data are to be deleted as soon as they are no longer necessary for the purpose for which they have been transmitted.

(6) The transmitting and the receiving agencies shall ensure that a record is made of all transmittal and all receipt of the data.

(7) The transmitting and the receiving agencies are obligated to protect the transmitted data effectively against unauthorized access, unauthorized change and unauthorized disclosure.

Article 18. Labour Regulations

In the case of work by individuals participating in the construction and the maintenance of the border bridges, the domestic labour regulations in accordance with Directive 96/71/EC of the European Parliament and of the Council of 16 December 1996 concerning the posting of workers in the framework of the provision of services shall apply in the territory of the Contracting Party in which the work is being done.

Article 19. Joint Task Force

(1) A German-Polish Joint Task Force shall be formed that shall be particularly responsible for ensuring adherence to the provisions of this Treaty, clarifying questions about the interpretation or application of this Treaty, and, if necessary, submitting proposals concerning the alteration of this Treaty to the Contracting Parties.

(2) The Joint Task Force shall consist of representatives of the ministries competent for transportation and representatives of the competent railway infrastructure companies of the Contracting Parties. The Contracting Parties shall designate the members of the Joint Task Force after signing of this Treaty. Representatives of the ministries of the Contracting Parties competent for transportation shall be the chairpersons of the Joint Task Force.

(3) The Joint Task Force shall submit proposals for the assignment of the border bridges in Appendices A and B to the Contracting Parties. In so doing, it should be taken into consideration as far as possible that the relation of the border bridges to be built and maintained by each of the Contracting Parties should correspond to the relation of the corresponding bridge areas in each territory.

(4) Each chairperson of the Joint Task Force may, upon request made to the other chairperson, convene a meeting. The meeting shall take place no later than one month after receipt of the request.

(5) The Joint Task Force may invite experts to its meetings.

(6) The Joint Task Force shall formulate its proposals by mutual agreement.

SECTION 5. FINAL PROVISIONS

Article 20. Disputes

Disputes about the interpretation or application of this Treaty should be resolved by the Joint Task Force established for this purpose according to Article 19 in close cooperation with the competent authorities of the Contracting Parties. If no agreement is reached, the diplomatic channel may be used.

Article 21. Period of Validity

This Treaty is concluded for an indefinite period. It may be denounced in writing by either Contracting Party through the diplomatic channel in observance of a deadline of five years to the end of a calendar year, although no earlier than 20 years after the day of its entry into force.

Article 22. Alteration of Appendices

Alterations and supplements of the Appendices to this Treaty in accordance with proposals of the Joint Task Force as per Article 19 shall be made through an exchange of diplomatic notes.

Article 23. Entry into Force

(1) This Treaty shall require ratification; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Treaty shall enter into force on the first day of the second month after exchange of the instruments of ratification.

(3) In order to commence construction of the border bridges as soon as possible and to improve the maintenance condition of the border bridges, the Contracting Parties agree that the provisions of this Treaty shall be provisionally applicable as of the day of its signing according to respective national law.

(4) Registration of this Treaty with the Secretariat of the United Nations, in accordance with Article 102 of the United Nations Charter, shall be initiated by the German side immediately following its entry into force. The Polish be informed of the registration and provided with the United Nations registration number as soon as this Treaty has been registered at the Secretariat of the United Nations.

DONE at Frankfurt (Oder) on 26 February 2008 in two originals, each in the German and Polish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

HEINRICH TIEMANN
WOLFGANG TIEFENSEE

For the Republic of Poland:

CEZAREGO GRABARCZYKA

APPENDIX A TO THE TREATY BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE REPUBLIC OF POLAND CONCERNING THE CONSTRUCTION AND MAINTENANCE OF BORDER BRIDGES, AS PART OF FEDERAL RAILWAY LINES IN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY, AND AS PART OF RAILWAY LINES OF NATIONAL IMPORTANCE IN THE REPUBLIC OF POLAND

The Contracting Parties have agreed as follows:

(1) The German side shall be responsible for the construction of the following border bridges:

Border bridge over the Oder between Frankfurt (Oder) and Kunersdorf (Kunowice) at river kilometre 580.640.

(2) The Polish side shall be responsible for the construction of the following border bridges:

Border bridge over the Lusatian Neisse between Horka and Kohlfurt (Węgliniec) at river kilometre 130.470.

APPENDIX B TO THE TREATY BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE REPUBLIC OF POLAND CONCERNING THE CONSTRUCTION AND MAINTENANCE OF BORDER BRIDGES, AS PART OF FEDERAL RAILWAY LINES IN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY, AND AS PART OF RAILWAY LINES OF NATIONAL IMPORTANCE IN THE REPUBLIC OF POLAND

The Contracting Parties have agreed as follows:

(1) The German side shall be responsible for the maintenance of the following border bridges:

a) Border bridge over the Oder between Neurüdnitz and Alt Rüdnitz (Siekierki) at river kilometre 653.903*.

b) Border bridge over the Oder between Küstrin-Kietz and Küstrin (Kostrzyn) at river kilometre 615.102.

c) Border bridge over the Oder between Frankfurt (Oder) and Kunersdorf (Kunowice) at river kilometre 580.640.

d) Border bridge over the Lusatian Neisse between Hagenwerder and Reutnitz (Ręczyn) at river kilometre 169.611.

e) Border bridge over the Lusatian Neisse between Hirschfelde and Rohnau (Trzciniec Zgorzelecki) at river kilometre 186.281.

(2) The Polish side shall be responsible for the maintenance of the following border bridges:

a) Border bridge over the Lusatian Neisse between Guben and Guben (Gubin) at river kilometre 13.375.

b) Border bridge over the Lusatian Neisse between Guben and Gubinchen (Gubinek) at river kilometre 17.625*.

c) Border bridge over the Lusatian Neisse between Forst and Teuplitz (Tuplice) at river kilometre 51.935.

d) Border bridge over the Lusatian Neisse between Bad Muskau and Lugnitz (Łęknica) at river kilometre 80.530*.

e) Border bridge over the Lusatian Neisse between Horka and Kohlfurt (Węgliniec) at river kilometre 130.470.

f) Border bridge over the Lusatian Neisse between Görlitz and Görlitz (Zgorzelec) at river kilometre 153.885.

g) Border bridge over the Lusatian Neisse between Ostritz (Krzewina Zgorzelecka) and Rohnau (Trzciniec Zgorzelecki) at river kilometre 184.220.

h) Border bridge over the Lusatian Neisse between Ostritz (Krzewina Zgorzelecka) and Rohnau (Trzciniec Zgorzelecki) at river kilometre 184.780.

*Segment closed

[TRANSLATION – TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA
RÉPUBLIQUE DE POLOGNE RELATIF À LA CONSTRUCTION ET À
L'ENTRETIEN DES PONTS FRONTALIERS EN RÉPUBLIQUE FÉDÉ-
RALE D'ALLEMAGNE EMPRUNTÉS PAR DES LIGNES FERRO-
VIAIRES FÉDÉRALES ET EN RÉPUBLIQUE DE POLOGNE EMPRUN-
TÉS PAR DES LIGNES DE CHEMIN DE FER REVÊTANT UNE IM-
PORTANCE NATIONALE

La République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne, dénommées ci-
après « les Parties contractantes »,

Conformément au Traité de bon voisinage et de coopération amicale du 17 juin 1991
entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne,

Soucieuses de faciliter le trafic ferroviaire entre les deux États et le transit sur leurs
territoires,

Dans le but de définir les principes relatifs à la construction et à l'entretien des ponts
frontaliers en République fédérale d'Allemagne empruntés par des lignes ferroviaires fé-
dérales et en République de Pologne par des lignes de chemin de fer revêtant une impor-
tance nationale,

Sont convenues de ce qui suit :

TITRE 1. OBJET DU TRAITÉ

Article 1. Étendue du Traité

1. Le présent Traité définit les principes relatifs à la construction et à l'entretien des
ponts frontaliers en République fédérale d'Allemagne empruntés par des lignes ferro-
viaires fédérales et en République de Pologne par des lignes de chemin de fer revêtant
une importance nationale.

2. Les Appendices A et B font partie intégrante du présent Traité. L'Appendice A
détermine la Partie contractante qui est chargée de la construction des ponts frontaliers et
l'Appendice B détermine la Partie contractante qui est chargée de l'entretien des ponts
frontaliers existants.

Article 2. Définitions

Dans le présent Traité, les termes et expressions ci-après ont la signification sui-
vante :

1. L'expression « la construction des ponts frontaliers » englobe les études, la réali-
sation des travaux de construction et le financement destinés au renouvellement des ponts

frontaliers existants et des installations annexes ainsi qu'à l'édification de nouveaux ponts frontaliers et des installations annexes.

2. L'expression « l'entretien des ponts frontaliers » comprend la réalisation et le financement de l'ensemble des travaux d'entretien, d'inspection et de réparation des ponts frontaliers et des installations qui s'y rapportent. Parmi ceux-ci, citons l'ensemble des mesures concourant à garantir une utilisation normale des ponts frontaliers et à les maintenir dans un état techniquement adéquat et sûr et en faisant en sorte de ne pas modifier fondamentalement leurs dimensions et leur statique.

3. L'expression « les installations annexes aux ponts frontaliers » s'entend des voies, des caténaires, des dispositifs de conduite et de sécurité de l'exploitation, des installations de télécommunication, des talus de soutènement des quais, du renforcement des berges, des voies d'accès, des installations d'évacuation des eaux et d'éclairage, de la signalisation destinée à la navigation fluviale ainsi que des déflecteurs en cas de débâcle et des ouvrages servant à éviter les collisions avec les bateaux fluviaux dans la zone des ponts frontaliers.

4. Les ponts frontaliers sont dans un « état sûr » lorsque :

a) Aucun risque n'existe pour ce qui est de la stabilité ou de la portance de l'ouvrage ou d'un élément portant essentiel du pont;

b) Aucun risque n'émane du pont pour l'exploitation de la ligne de chemin de fer; et

c) Aucun risque n'émane du pont pour le transport des tiers ou des travailleurs des entreprises chargées de l'infrastructure ferroviaire.

5. L'expression « les entreprises compétentes en matière d'infrastructure ferroviaire » s'entend des entreprises qui, conformément au droit interne de la Partie contractante concernée, sont chargées de la construction et de l'entretien des ponts frontaliers et qui exploitent l'infrastructure ferroviaire.

TITRE 2. CONSTRUCTION DES PONTS FRONTALIERS

Article 3. Renouvellement et nouvelle construction

Dans le but d'améliorer le trafic ferroviaire transfrontalier, les Parties contractantes ont d'un commun accord décidé :

a) De renouveler les ponts frontaliers repris à l'Appendice A situés sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et sur le territoire de la République de Pologne si l'état technique des ponts ne justifie plus de continuer à les maintenir en état;

b) D'agrandir, dans les cas où cela se justifie, les ponts frontaliers existants ou d'augmenter leur portance;

c) De construire de nouveaux ponts frontaliers dans les cas justifiés.

Article 4. Application des normes techniques et des règles de construction

1. Les ponts frontaliers sont étudiés, construits et réceptionnés selon les normes techniques et les règles de construction applicables de la Partie contractante compétente visée à l'Appendice A.

2. Lors de la construction d'un pont frontalier, il sera tenu compte de l'Accord européen du 31 mai 1985 sur les grandes lignes internationales de chemin de fer (AGC) et de l'Accord européen du 1^{er} février 1991 sur les grandes lignes de transport international combiné et les installations connexes (Accord AGTC), ainsi que de la Directive 96/48/CE du Conseil du 23 juillet 1996 relative à l'interopérabilité du système ferroviaire transeuropéen à grande vitesse et de la Directive 2001/16/CE du Parlement européen et du Conseil du 19 mars 2001 relative à l'interopérabilité du système ferroviaire transeuropéen conventionnel.

3. Les différentes parties des installations annexes des ponts frontaliers peuvent être construites selon les normes techniques et les règles de construction édictées par l'autre Partie contractante.

4. Lors de la construction d'un pont frontalier, il sera tenu compte de la Directive 85/337/CEE du Conseil du 27 juin 1985 concernant l'évaluation des incidences de certains projets publics et privés sur l'environnement et de l'Arrangement du 11 avril 2006 entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Pologne relatif à la mise en application de la Convention sur l'évaluation de l'impact sur l'environnement dans un contexte transfrontière du 25 février 1991.

Article 5. Réception

1. La réception des ponts frontaliers s'effectue par les autorités compétentes respectives des deux Parties contractantes en présence de représentants des entreprises compétentes en matière d'infrastructure ferroviaire et des entreprises ayant réalisé la construction.

2. La réception des ponts frontaliers s'effectue conformément au droit interne de la Partie contractante à laquelle incombe la construction du pont frontalier dont il est question.

Article 6. Coûts de construction

1. Les coûts engendrés par la construction d'un pont frontalier sont supportés intégralement par la Partie contractante compétente visée à l'Appendice A.

2. Sur demande, les documents existants concernant un pont frontalier, en ce compris ceux de la zone de raccordement du pont, sont, dans les limites requises pour réaliser les études, mis gratuitement à disposition de l'entreprise de l'autre Partie contractante compétente en matière d'infrastructure ferroviaire, notamment les documents relatifs aux mesures géodésiques et aux analyses du sol.

Article 7. Conciliation

1. Les autorités compétentes et les entreprises compétentes en matière d'infrastructure ferroviaire des deux Parties contractantes coopèrent de manière étroite en vue de régler les questions techniques, opérationnelles et juridiques qui se posent en ce qui concerne la construction des ponts frontaliers.

2. Les entreprises des deux Parties contractantes compétentes en matière d'infrastructure ferroviaire sont tenues d'informer le groupe de travail mixte constitué en vertu de l'article 19 quant à l'état d'avancement des travaux de construction des ponts frontaliers.

TITRE 3. ENTRETIEN DES PONTS FRONTALIERS

Article 8. Objet de l'entretien

1. Aux fins des paragraphes 2 et 3 de l'article 2, l'entretien des ponts frontaliers existants et de leurs installations annexes incombe à la Partie contractante compétente visée à l'Appendice B.

2. Tout pont frontalier nouvellement construit dans le cadre du présent Traité est entretenu par la Partie contractante à laquelle incombe la construction de ce pont. Les ponts frontaliers nouvellement construits sont repris à l'Appendice B.

3. Les entreprises des deux Parties contractantes compétentes en matière d'infrastructure ferroviaire peuvent prendre des arrangements confirmés par écrit modifiant l'attribution de l'obligation d'entretien des installations annexes aux ponts frontaliers.

Article 9. Exécution de l'entretien

1. Les travaux visés au paragraphe 2 de l'article 2 sont exécutés conformément au droit interne de la Partie contractante à laquelle incombe l'entretien du pont frontalier dont il est question.

2. Les travaux d'entretien effectués sur les ponts frontaliers et sur les installations annexes sont exécutés de telle manière à perturber le moins possible le trafic ferroviaire empruntant les ponts frontaliers et leurs voies d'accès ainsi que les mouvements des bateaux sur les cours d'eau. Pendant les travaux d'entretien, les mesures qui s'imposent sont prises sous les ponts frontaliers en période de crue et de débâcle.

Article 10. Échange de documents

L'entreprise d'une Partie contractante compétente en matière d'infrastructure ferroviaire transmet ponctuellement et gratuitement à l'entreprise de l'autre Partie contractante compétente en matière d'infrastructure ferroviaire, pour autant que cette dernière en fasse

la demande, un exemplaire des documents en sa possession qui concernent les ponts frontaliers et leurs installations annexes.

Article 11. Renseignements concernant les travaux planifiés

1. Dès l'instant où une limitation ou un arrêt provisoire du trafic ferroviaire est inévitable, les entreprises des deux Parties contractantes compétentes en matière d'infrastructure ferroviaire s'informent les unes les autres quant aux travaux d'entretien qu'il est prévu ou programmé de réaliser sur les ponts frontaliers et les installations annexes six mois au plus tard avant le début des travaux.

2. Dès lors que les travaux visés au paragraphe 1 ne restreignent pas le trafic ferroviaire, les entreprises compétentes en matière d'infrastructure ferroviaire s'informent mutuellement deux semaines au plus tard avant le début des travaux.

Article 12. Coûts de l'entretien

L'ensemble des coûts en rapport avec l'entretien des ponts frontaliers et des installations annexes sont supportés par la Partie contractante compétente conformément à l'article 8.

Article 13. Exécution des contrôles

1. Les représentants des entreprises compétentes en matière d'infrastructure ferroviaire effectuent des contrôles sur les ponts frontaliers devant être entretenus par les Parties contractantes selon les exigences du droit interne de la Partie contractante à laquelle incombe l'entretien du pont frontalier.

2. Tous les six ans au maximum, les représentants des entreprises des deux Parties contractantes compétentes en matière d'infrastructure ferroviaire se rendent sur place pour inspecter ensemble chaque pont frontalier et leurs installations annexes et fournissent des informations détaillées quant aux résultats obtenus lors des derniers contrôles effectués conformément aux dispositions de leur droit interne. L'entreprise de la Partie contractante compétente en matière d'infrastructure ferroviaire remet les résultats de ses contrôles deux semaines avant les inspections communes des ponts frontaliers ayant été convenues à l'entreprise de l'autre Partie contractante compétente en matière d'infrastructure ferroviaire.

3. L'entreprise compétente en matière d'infrastructure ferroviaire chargée de l'entretien du pont frontalier organise l'inspection commune, établit un procès-verbal en langue allemande et polonaise et le fait parvenir sans délai à l'entreprise de l'autre Partie contractante compétente en matière d'infrastructure ferroviaire.

4. Dans des circonstances particulières telles que, entre autres, crues exceptionnelles, débâcle, collision de bateau, des inspections communes doivent également avoir lieu. L'entreprise compétente en matière d'infrastructure ferroviaire chargée de l'entretien du pont frontalier concerné est tenue de préparer et d'effectuer les inspections motivées par des raisons particulières.

TITRE 4. DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article 14. Informations

1. Les entreprises des Parties contractantes compétentes en matière d'infrastructure ferroviaire informent en temps voulu la Commission frontalière permanente germano-polonaise au sujet de la construction du pont frontalier ainsi qu'en ce qui concerne les grands travaux envisagés pour l'entretien de ce pont.

2. Les entreprises des Parties contractantes compétentes en matière d'infrastructure ferroviaire informent sans délai les autorités frontalières compétentes localement concernant les préparatifs, le début de la construction et les travaux d'entretien du pont frontalier.

Article 15. Droit d'entrée

1. Pour effectuer les travaux de construction et d'entretien ainsi que pour procéder aux contrôles et inspections sur place, les personnes peuvent franchir la frontière d'État la plus proche des chantiers ou des ponts frontaliers même en dehors des points de passage frontaliers autorisés, pour autant qu'elles respectent les dispositions du droit interne respectif des Parties contractantes. Pour le surplus, il n'est pas dérogé ici aux dispositions des Parties contractantes applicables en matière séjour.

2. La nécessité de posséder un permis pour exercer une activité sur le chantier de construction d'un pont frontalier ou pour son entretien est basée pour les activités exercées sur le territoire de l'autre Partie contractante exclusivement sur le droit interne de la Partie contractante à laquelle incombe l'exécution des travaux visés aux Appendices A et B, en ce compris les contrôles et les inspections sur place qui en découlent.

3. Les Parties contractantes s'engagent à reprendre à tout moment et sans formalité les personnes qui, à la faveur du présent Traité, sont entrées sur le territoire de l'autre État contractant, qui ont violé les dispositions du présent Traité ou qui séjournent illégalement sur ce territoire.

4. Les différentes questions qui se posent quant au maintien de la sécurité publique et à l'ordre public dans la zone des ponts frontaliers sont réglées par les autorités frontalières et les autorités policières compétentes localement.

Article 16. Dispositions fiscales

1. Indépendamment du tracé réel de la frontière d'État séparant les territoires des Parties contractantes, la zone où sont situés le chantier de construction du pont frontalier et le pont frontalier lui-même après son achèvement, dans la mesure où ils s'étendent sur le territoire de la République de Pologne, sont considérés pour l'application de la législation sur la taxe sur la valeur ajoutée (TVA) de la République de Pologne et de la législation sur le chiffre d'affaires de la République fédérale d'Allemagne comme un territoire de la République fédérale d'Allemagne, dans la mesure où il s'agit de fournitures de choses, de l'acquisition intracommunautaire de choses et de services destinés à la cons-

truction ou à l'entretien des ponts frontaliers visés aux Appendices A ou B, si l'entreprise compétente en matière d'infrastructure ferroviaire à laquelle la construction ou l'entretien a été confié a son siège en République fédérale d'Allemagne.

2. Indépendamment du tracé réel de la frontière d'État séparant les territoires des Parties contractantes, la zone où sont situés le chantier de construction du pont frontalier et le pont frontalier lui-même après son achèvement, dans la mesure où ils s'étendent sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne, sont considérés pour l'application du droit fiscal sur le chiffre d'affaires de la République fédérale d'Allemagne et de la législation sur la TVA de la République de Pologne comme un territoire de la République de Pologne, dans la mesure où il s'agit de fournitures de choses, de l'acquisition intra-communautaire de choses et de services destinés à la construction ou à l'entretien des ponts frontaliers visés aux Appendices A ou B, si l'entreprise compétente en matière d'infrastructure ferroviaire à laquelle la construction ou l'entretien a été confié a son siège en République de Pologne.

3. Dans la mesure où le droit communautaire le permet, les paragraphes 1 et 2 s'appliquent mutatis mutandis à l'utilisation des produits énergétiques soumis à accises et au courant électrique.

4. Les marchandises nécessaires pour la construction ou l'entretien des ponts frontaliers ne sont soumises lorsqu'elles sont transportées à l'intérieur de l'Union européenne du territoire d'une Partie contractante vers le territoire de l'autre Partie contractante à aucune interdiction ni restriction au regard du droit interne.

5. Les autorités fiscales et douanières compétentes des Parties contractantes se concertent, s'échangent les renseignements nécessaires et se prêtent mutuellement assistance pour l'application de leurs prescriptions juridiques et administratives dans le cadre des dispositions visées aux paragraphes 1 à 4. Les représentants de ces autorités sont habilités à séjourner sur les chantiers et sur les ponts frontaliers et d'y prendre les mesures s'inscrivant dans le cadre des dispositions visées aux paragraphes 1 à 4 prévues dans leurs prescriptions juridiques et administratives.

6. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne concernent pas le Traité du 14 novembre 1990 entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne confirmant la frontière entre elles.

7. Le présent Traité ne déroge pas aux dispositions de l'Accord du 14 mai 2003 entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Pologne tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune dans leur version chaque fois applicable.

Article 17. Protection des données

Tout en respectant le droit interne de chaque Partie contractante, la transmission et l'utilisation des données à caractère personnel, dénommées ci-après les données, s'effectuent dans le cadre du présent Traité conformément aux dispositions suivantes :

1. Sur demande, l'organisme destinataire informe l'organisme transmetteur de l'autre Partie contractante quant à l'utilisation qui est faite des données transmises et des résultats ainsi obtenus.

2. L'utilisation des données par l'organisme destinataire n'est autorisée qu'aux fins décrites dans le présent Traité et uniquement dans les conditions prescrites par l'organisme ayant transmis les données. L'utilisation est en outre permise pour prévenir et poursuivre les infractions graves ainsi que pour lutter contre les dangers constituant une menace importante pour la sécurité publique.

3. L'organisme transmetteur est tenu de veiller à l'exactitude des données communiquées, à leur utilité et à leur proportionnalité par rapport au but recherché en les transmettant. Les interdictions prévues dans le droit interne régissant la transmission des données doivent en outre être respectées. La transmission des données ne peut avoir lieu si l'organisme transmetteur a tout lieu de supposer que leur transmission irait à l'encontre du but poursuivi par une loi interne ou porterait atteinte aux intérêts légitimes des intéressés. S'il appert que des données sont inexactes ou que des données qui n'auraient pas dû l'être ont été transmises, l'organisme destinataire doit en être immédiatement informé. Il se doit de rectifier ou de supprimer immédiatement les données en question.

4. S'il en fait la demande, l'intéressé doit recevoir des précisions concernant les données existantes sur sa personne ainsi que sur l'usage qui leur sera réservé. La communication de ces données peut être refusée si l'intérêt qu'il y a pour l'État de ne pas les communiquer l'emporte sur celui du demandeur. Pour le surplus, le droit appartenant à l'intéressé d'être informé se fonde sur le droit interne de la Partie contractante sur le territoire de laquelle le renseignement est demandé.

5. Lors de la transmission des données, l'organisme transmetteur attire l'attention sur les délais prévus dans son droit interne pour la conservation de ces données au terme desquels elles devraient être effacées. Indépendamment de ces délais, les données transmises doivent être effacées dès qu'elles ne sont plus nécessaires pour l'objet pour lequel elles ont été transmises.

6. L'organisme transmetteur et l'organisme destinataire veillent à ce que chaque transmission et chaque réception de données soit actée.

7. L'organisme transmetteur et l'organisme destinataire sont tenus de protéger de manière efficace les données transmises contre tout accès abusif, toute modification et toute divulgation non autorisées.

Article 18. Dispositions applicables en matière de droit du travail

Concernant l'activité des personnes participant à la construction et à l'entretien des ponts frontaliers, la réglementation nationale en matière de travail transposant la Directive 96/71/CE du Parlement européen et du Conseil du 16 décembre 1996 concernant le détachement de travailleurs effectué dans le cadre d'une prestation de service en vigueur sur le territoire de la Partie contractante sur lequel les activités sont exercées est d'application.

Article 19. Groupe de travail commun

1. Il est créé un Groupe de travail germano-polonais ayant notamment pour tâche de garantir le respect des dispositions du présent Traité, de clarifier les questions concer-

nant l'interprétation ou l'application du présent Traité et, le cas échéant, de soumettre aux Parties contractantes des propositions de modification du présent Traité.

2. Le Groupe de travail commun se compose de représentants des ministères responsables des transports ainsi que de représentants des entreprises des Parties contractantes compétentes en matière d'infrastructure ferroviaire. Les membres du Groupe de travail commun seront désignés par les Parties contractantes après la signature du présent Traité. Les présidents du Groupe de travail commun sont des représentants des Ministères des Parties contractantes responsables des transports.

3. Le Groupe de travail commun soumet aux Parties contractantes des propositions de classement des ponts frontaliers repris aux Appendices A et B. En outre, il convient de tenir compte dans toute la mesure du possible du fait que le rapport entre les ponts frontaliers à construire et ceux à entretenir par chaque Partie contractante corresponde au rapport entre les surfaces des ponts dans les territoires respectifs.

4. Tout président du Groupe de travail commun peut convoquer une réunion à la demande d'un autre président. La réunion doit avoir lieu un mois au plus tard à compter de la date de réception de la demande.

5. Le Groupe de travail commun peut inviter des experts à ses réunions.

6. Le Groupe de travail commun adopte ses propositions de commun accord.

TITRE 5. DISPOSITIONS FINALES

Article 20. Différends

Les différends découlant de l'interprétation ou de l'application du présent Traité seront résolus par le Groupe de travail commun mis sur pied à cet effet conformément à l'article 19, en étroite collaboration avec les autorités compétentes des Parties contractantes. La voie diplomatique pourra être utilisée si aucun accord n'est possible.

Article 21. Durée de validité

Le présent Traité est conclu pour une durée indéterminée. Il peut être dénoncé par l'une ou l'autre Partie contractante par écrit et par la voie diplomatique moyennant le respect d'un préavis de cinq ans notifié à l'expiration d'une année civile, mais au plus tôt 20 ans à compter de la date de son entrée en vigueur.

Article 22. Modification des Appendices

Les modifications et les ajouts apportés aux Appendices au présent Traité sur proposition du Groupe de travail commun visé à l'article 19 sont effectués par voie d'échange de notes diplomatiques.

Article 23. Entrée en vigueur

1. Le présent Traité est sujet à ratification; l'échange des instruments de ratification aura lieu dès que possible.

2. Le présent Traité entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suit l'échange des instruments de ratification.

3. Pour que la construction des ponts frontaliers et l'amélioration de leur état puissent commencer le plus tôt possible, les Parties contractantes s'accordent sur le fait que les dispositions du présent Traité seront provisoirement d'application à compter du jour de sa signature conformément à leur droit interne respectif.

4. La Partie contractante allemande fera le nécessaire pour que le présent Traité soit enregistré dès son entrée en vigueur auprès du Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies conformément à l'Article 102 de la Charte de l'Organisation des Nations Unies. La Partie contractante polonaise sera informée du numéro d'enregistrement de l'ONU dès que l'enregistrement aura été confirmé par le Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies.

FAIT à Francfort-sur-l'Oder le 26 février 2008 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et polonaise, chaque texte faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

HEINRICH TIEMANN

WOLFGANG TIEFENSEE

Pour la République de Pologne :

CEZAREGO GRABARCZYKA

APPENDICE À AU TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE RELATIF À LA CONSTRUCTION ET À L'ENTRETIEN DE PONTS FRONTALIERS EN RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE EMPRUNTÉS PAR DES LIGNES FERROVIAIRES FÉDÉRALES ET EN RÉPUBLIQUE DE POLOGNE EMPRUNTÉS PAR DES LIGNES DE CHEMIN DE FER REVÊTANT UNE IMPORTANCE NATIONALE

Les Parties contractantes sont convenues de ce qui suit :

1. Ponts frontaliers dont la construction incombe à la Partie contractante allemande :

Pont frontalier sur l'Oder entre Francfort-sur-l'Oder et Kunersdorf (Kunowice) au kilomètre électrique 580,640.

2. Ponts frontaliers dont la construction incombe à la Partie contractante polonaise :

Pont frontalier sur la Neisse de Lusace entre Horka et Kohlfurt (Węglińiec) au kilomètre électrique 130,470.

APPENDICE B AU TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE RELATIF À LA CONSTRUCTION ET À L'ENTRETIEN DE PONTS FRONTALIERS EN RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE EMPRUNTÉS PAR DES LIGNES FERROVIAIRES FÉDÉRALES ET EN RÉPUBLIQUE DE POLOGNE EMPRUNTÉS PAR DES LIGNES DE CHEMIN DE FER REVÊTANT UNE IMPORTANCE NATIONALE

Les Parties contractantes sont convenues de ce qui suit :

1. Ponts frontaliers dont l'entretien incombe à la Partie contractante allemande :
 - a) Pont frontalier sur l'Oder entre Neurüdnitz et Alt Rüditz (Siekierki) au kilomètre électrique 653,903*;
 - b) Pont frontalier sur l'Oder entre Küstrin-Kietz et Küstrin (Kostrzyn) au kilomètre électrique 615,102;
 - c) Pont frontalier sur l'Oder entre Francfort-sur-l'Oder et Kunersdorf (Kunowice) au kilomètre électrique 580,640;
 - d) Pont frontalier sur la Neisse de Lusace entre Hagenwerder et Reutnitz (Ręczyn) au kilomètre électrique 169,611;
 - e) Pont frontalier sur la Neisse de Lusace entre Hirschfelde et Rohnau (Trzciniec Zgorzelecki) au kilomètre électrique 186,281.
2. Ponts frontaliers dont l'entretien incombe à la Partie contractante polonaise :
 - a) Pont frontalier sur la Neisse de Lusace entre Guben et Guben (Gubin) au kilomètre électrique 13,375;
 - b) Pont frontalier sur la Neisse de Lusace entre Guben et Gubinchen (Gubinek) au kilomètre électrique 17,625*;
 - c) Pont frontalier sur la Neisse de Lusace entre Forst et Teuplitz (Tuplice) au kilomètre électrique 51,935;
 - d) Pont frontalier sur la Neisse de Lusace entre Bad Muskau et Lugnitz (Łęknica) au kilomètre électrique 80,530*;
 - e) Pont frontalier sur la Neisse de Lusace entre Horka et Kohlfurt (Węgliniec) au kilomètre électrique 130,470;
 - f) Pont frontalier sur la Neisse de Lusace entre Görlitz et Görlitz (Zgorzelec) au kilomètre électrique 153,885;
 - g) Pont frontalier sur la Neisse de Lusace entre Ostritz (Krzewina Zgorzelecka) et Rohnau (Trzciniec Zgorzelecki) au kilomètre électrique 184,220;
 - h) Pont frontalier sur la Neisse de Lusace entre Ostritz (Krzewina Zgorzelecka) et Rohnau (Trzciniec Zgorzelecki) au kilomètre électrique 184,780.

* Ligne désaffectée.